

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am
05.05.2014 Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/019

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:48 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:47 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 17:52 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Peters, Kai

stellv. Vorsitzende

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Morch, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Ruser, Horst

(als Vertreter von Herrn
Kuyucu)

Beratende/s Mitglied/er

Kleinschmidt, Dieter
Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Frerichs, Peter
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Vollmert, Claudia

bis TOP 3.3

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 06.03.2014

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung - Teilnahme am Stadtradeln 2014 - ergänzende Informationen
Vorlage: 2013 0525/1
 - 3.2. Mitteilung - Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht, Radwege an städtischen Straßen
Vorlage: 2013 0536/1
 - 3.3. Mitteilung - Zustand der Ortsdurchfahrt Sorgensen
Vorlage: 2014 0604
 - 3.4. Mitteilung: Fördermöglichkeiten Klärschlammfäulung / Bezugsvorlage 2009 0627 v. 30.10.2009
Vorlage: 2014 0614
 - 3.5. Mitteilung - Änderung Bauprogramm Elserstraße, Wegfall von Baumstandorten
Vorlage: 2014 0620
4. Wiederöffnung des Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang und Alt Engenser Weg;
- Antrag der WGS-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 29.01.2014 -
Vorlage: 2014 0560
5. Außerplanmäßiger Aufwand / Außerplanmäßige Auszahlung; Renaturierung Möschgraben
Vorlage: 2014 0619
6. Umbau Voplatz Auebrücke Alter Jagdsteg - Ausführung nach Erhalt Förderzusage N-Bank
Vorlage: 2014 0625
7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
8. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. **Herr Bethmann** lässt sich entschuldigen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 06.03.2014

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am

06.03.2014 wird mit **8 Ja-Stimmen** und **1 Enthaltung** genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst teilt mit, dass

Die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt sind.

3.1. Mitteilung - Teilnahme am Stadtradeln 2014 - ergänzende Informationen **Vorlage: 2013 0525/1**

Frau Vollmert weist auf die Sternfahrt am 01. Juni 2014 von Burgdorf nach Hannover hin und stellt kurz die Route vor. Sie hofft auf eine rege Teilnahme auch seitens der Ausschussmitglieder. Weiterhin berichtet **Frau Vollmert**, dass es bereits recht viele Anmeldungen zum Stadtradeln gibt, obwohl es erst am 01. Juni beginnt. Seitens der Schulen und Kindergärten gibt es noch keine Anmeldungen.

Frau Leykum regt an, ein fraktionsübergreifendes Team aus den Ratsmitgliedern zu melden. Sie fragt, ob hier Interesse besteht. Es wird vorgeschlagen, dies in den Fraktionen zu besprechen.

3.2. Mitteilung - Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht, Radwege an städtischen Straßen **Vorlage: 2013 0536/1**

Frau Vollmert weist darauf hin, dass die Mitteilungsvorlage den aktuellen Stand wiedergibt. Einige Bereiche werden zur Zeit nochmals daraufhin überprüft, ob die Benutzungspflicht aufgehoben werden kann. Für andere Radverkehrsanlagen, z.B. an der Uetzer Straße, werden gesonderte Vorlagen erstellt.

Herr Köneke bemängelt, dass man die Bewertung teilweise schlecht nachvollziehen kann. Er bittet weiterhin darum, dass die Radwegebenutzungspflicht beim Radweg zwischen Blumenhof und Klein Schillerslage nochmal überprüft werden sollte.

Herr von Oettingen fragt, ob die Räum- und Streupflicht bei aufgehobener Benutzungspflicht weiterhin besteht. Von **Herrn Herbst** wird erläutert, dass die Verkehrssicherungspflicht weiterhin – wie vorher auch – bestehen bleibt. Er verweist zudem auf das Gerichtsurteil aus dem Jahr 2010, wonach die Benutzungspflicht in vielen Fällen aufzuheben ist.

3.3. Mitteilung - Zustand der Ortsdurchfahrt Sorgensen **Vorlage: 2014 0604**

Herr Peters weist auf den Pressebericht hin und fragt den Ortsvorsteher von Sorgensen, Herrn Schwerdtfeger, ob er zu seiner Mitteilung Stellung nehmen möchte.

Herr Schwerdtfeger berichtet, dass bereits seit September 2013 Baken im Bereich der Gosse auf der Hauptstraße in Sorgensen stehen. Des Weiteren ist der Straßenbelag abgängig. Es irritiert, dass es u.a. von der Landesbehörde unterschiedliche Informationen zu der Situation in Sorgensen gibt. Er bemängelt, dass hier nichts passiert.

Des Weiteren wundert **Herr Schwerdtfeger** sich über den Abbruch der Verkehrszählung. Diese Zahlen hätten seiner Meinung nach, gerade im Hinblick auf den verstärkten Verkehr durch die Verkehrsstaus auf der A2, hilfreich sein können.

Herr Baxmann erklärt, dass die Verwaltung keinen Kommentar zu den Ausführungen von Herrn Schwerdtfeger abgeben wird. Eine Antwort erfolgt auf einem angemessenen Weg.

Zu der Mitteilungsvorlage Nr. 2014 0604 gibt es keine weitere Diskussion.

**3.4. Mitteilung: Fördermöglichkeiten Klärschlammfäulung / Bezugsvorlage 2009 0627 v. 30.10.2009
Vorlage: 2014 0614**

Herr Herbst verdeutlicht, dass der Bau der Klärschlammfäulung bereits beschlossen worden ist, für die Baumaßnahme aber keine Fördermöglichkeiten bestehen.

Frau Leykum fragt, ob es sich nicht um einen Punkt des Klimaschutzprogrammes handelt. **Herr Herbst** berichtet, dass die Maßnahme ein Punkt des Klimaschutzprogrammes ist. Eine Förderung erfolgt u.a. bei innovativen Maßnahmen. Um eine solche handelt es sich hier nicht. Er gibt zu bedenken, dass die Klärschlammfäulung perspektivisch kostendeckend arbeitet und daher sinnvoll ist. Auch wird die Klärtechnik insgesamt zukunftsfähiger. Eine Verschiebung der Maßnahme sei aufgrund steigender Kosten nicht sinnvoll. Zudem ist die Ausschreibung bereits erfolgt.

Herr Köneke gibt zu bedenken, dass durch die Umsetzung der Maßnahme mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen ist. Seiner Meinung nach rechnet es sich dadurch wirtschaftlich nicht.

Herr Herbst merkt an, dass es, wenn überhaupt, nur zu einer geringen Erhöhung komme. Über die Jahre, bei weiter steigenden Energiepreisen, wird die Maßnahme aller Voraussicht nach rentabel. Nach Umsetzung der Maßnahme wird es eine detaillierte Aufstellung zu den Kosten und der Wirtschaftlichkeit geben.

**3.5. Mitteilung - Änderung Bauprogramm Elserstraße, Wegfall von Baumstandorten
Vorlage: 2014 0620**

Zu der Mitteilungsvorlage Nr. 2014 0620 gibt es keine Anmerkungen.

**4. Wiederöffnung des Radweges entlang der alten B 3 zwischen Ortsausgang und Alt Engenser Weg;
- Antrag der WGS-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 29.01.2014 -
Vorlage: 2014 0560**

Frau Heldt verweist auf ihre Erläuterungen zum Antrag in der letzten Sitzung und hofft, dass sich die Ausschussmitglieder die Situation vor Ort angeguckt haben.

Herr Bublitz begründet die Abstimmung seiner Fraktion damit, dass die Wiedereröffnung u. a. wegen der Kosten nicht tragbar ist. Ein Gedanke seiner Fraktion ist, dass man den Weg vielleicht an die Dorfgemeinschaft Schillerslage verpachten kann. Jedoch stellt sich die Frage, bei wem dann die Verkehrssicherungspflicht liegt.

Darauf antwortet **Herr Herbst**, dass auch bei einer Verpachtung die Verkehrssicherungspflicht beim Eigentümer verbleibt.

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, lässt der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, über den Antrag (Vorlage Nr. 2014 0560) wie folgt abstimmen:

Beschluss:

Der Antrag der WGS-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 29.01.2014 zur „Wiedereröffnung des Radweges entlang der alten B3 zwischen Ortsausgang und Alt Engenser Weg“ wird vom Ausschuss für Umwelt und Verkehr mit **4 Ja-Stimmen** und **5 Nein-Stimmen abgelehnt**.

**5. Außerplanmäßiger Aufwand / Außerplanmäßige Auszahlung; Renaturierung Möschgraben
Vorlage: 2014 0619**

Herr Frerichs erläutert kurz den aktuellen Sachstand. Die außerplanmäßige Ausgabe muss zunächst beschlossen werden, damit die Maßnahme haushaltsrechtlich abgesichert ist, u.a. kann dann ein Produktkonto eingerichtet werden. **Herr Frerichs** weist ausdrücklich darauf hin, dass mit dem Projekt erst begonnen wird, wenn eine verbindliche Förderzusage vorliegt.

Herr von Oettingen stellt die Frage, ob der NABU die Maßnahme nicht in Eigenleistung durchführen kann. **Herr Kleinschmidt** verneint dies.

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, lässt der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, wie folgt über die Vorlage Nr. 2014 0619 abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 117 Abs. 1 NKomVG eine außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung in Höhe von 37.000 € bei dem Produktkonto 55200.421201 / 55200.721201 (Renaturierung Möschgraben).

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt (der aufschiebenden Bedingung), dass das NLWKN eine verbindliche Förderzusage abgibt und – sollte der städt. Anteil von max. 7.000 € und der Förderbetrag des NLWKN zur Finanzierung der Maßnahme nicht ausreichen – der NABU und/oder Dritte verbindlich erklären, die Restkosten zu erstatten.

- einstimmiger Beschluss -

**6. Umbau Voplatz Auebrücke Alter Jagdsteg - Ausführung nach Erhalt Förderzusage N-Bank
Vorlage: 2014 0625**

Herr Bublitz erkundigt sich, nach der Gewährleistungspflicht, wenn die Entwicklungspflege durch den Gärtnerbauhof erfolgt. Darauf antwortet Herr Herbst, dass diese bei Fremdvergabe grundsätzlich ein Jahr beträgt. Hier sollte das Risiko eingegangen werden, da die Fertigstellungspflege nicht förderfähig ist.

Herr Suszka fragt, ob der Gärtnerbauhof die entsprechenden Pflegemaßnahmen übernehmen kann. **Herr Herbst** bestätigt dies.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen, so dass über die Vorlage wie folgt abgestimmt wird:

Beschlussvorschlag:

Die weiteren Planungsschritte sollen beauftragt und die Maßnahme wie in der Vorlage 2014 0581 dargestellt umgesetzt werden.

- einstimmiger Beschluss -

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

8. Anregungen an die Verwaltung

Herr von Oettingen berichtet, dass durch die Baumaßnahme an der Poststraße die Sicht in die Louisenstraße beeinträchtigt wird. Es ist eine Situation wie an einem Stopp-Schild, da man sonst die Straße nicht einsehen kann. Er fragt, ob man den Bauherren hier um Abhilfe bitten kann.

Weiterhin meldet **Herr von Oettingen**, dass in Höhe der Marktstraße 6 der Gullideckel klappert.

Herr Ruser fragt, ob man die Verkehrsregelung an der Ecke Berliner Ring / Scharlemannstraße (an der HEM Tankstelle) in eine Vorfahrtsstraße ändern kann. Dies ist die einzige Stelle, wo die Rechts-vor-Links-Regelung gilt. Dadurch wird der Radverkehr ausgebremst. **Herr Herbst** antwortet, dass in einer Tempo 30-Zone nur in seltenen Ausnahmefällen, die hier nicht vorliegen, eine entsprechende Beschilderung möglich ist.

Herr Bublitz meldet, dass die Pflastersteine in Höhe der Schieber im Bereich der Langeoogstraße / Neuwerkweg locker sind.

Herr Kleinschmidt findet, dass die Naturkräuter am Fuße der Hochbrücke (am Kreuzungsbereich) schön gewachsen sind. Er fragt, ob dies so bleibt oder ob hier eine Mahd stattfindet. **Herr Herbst** antwortet, dass eine Mahd in der Regel 1-2 Mal pro Jahr erfolgt.

Einwohnerfragestunde

Der Ortsvorsteher von Sorgensen, **Herr Schwerdtfeger**, weist in Bezug auf die Radwegebenutzungspflicht darauf hin, dass nicht auf der ganzen Strecke zwischen Sorgensen und Dachtmissen eine Beschränkung auf Tempo 70 vorhanden ist. Ab dem Friedhof darf schneller gefahren werden.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer